67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 12gespalt. Zeile 7,— M., Reklameteil 20,— M.
Stellungsuchende 2,50 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 593.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 75 — Mk., monatlich 27,— Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl. Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst. W 8, Kronenstr. 37 | Sonnabend, 24. Dezember 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 50 Pf.

Generaloberst von Beseler.

Am 21. Dezember verschied in Babelsberg Generaloberst von Beseler. Mit ihm ist ein alter preußischer Offizier dahingegangen, der seinem Vaterlande und der alten kaiserlichen Armee in Frieden und Krieg große Dienste geleistet hat.

Er trat als Pionier ein, wurde später Infanterist, um zuletzt als General-Inspekteur des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen wieder zu seiner alten Waffe zurückzukehren. Als Kommandeur eines Infanterieregiments, im Kriegsministerium, als Lehrer auf der Kriegsakademie und in den verschiedensten Stellen des Generalstabes zeichnete sich dieser hochbegabte Offizier besonders aus. In den Stellungen als Oberquartiermeister im Großen Generalstab und als General-Inspekteur fand er eine Tätigkeit, in der er seine Geistesgaben zum Nutzen der Armee voll entfalten konnte. Leider nahm der General schon im Jahre 1911 seinen Abschied.

Als aber in den Augusttagen 1914 Deutschlands Männer zu den Waffen eilten, stellte er sich dem Vaterland wieder zur Verfügung und trat als kommandierender General an die Spitze des aus Märkern gebildeten III. Reserve-Korps. Die Marneschlacht war geschlagen. Nach den unvergleichlichen Erfolgen der ersten Kriegswochen erstarrte die Westfront im Stellungskrieg. Die Gefahr bestand, daß der deutsche Nordflügel von rückwärts aus Belgien her gefährdet wurde. Dort lag die große Seefestung Antwerpen, in die das belgische Heer mit seinen englischen Unterstützungen zurückgeworfen worden war. Beseler fiel mit seinem Korps die Aufgabe zu, diese Rückenbedrohung so schnell als möglich zu beseitigen. Die Oberste Heeresleitung befahl dem General den Angriff gegen die Festung. Die notwendige Artillerie wurde eiligst überwiesen. Nach knapp 12tägiger Belagerung fiel die Festung und Beseler wurde als der Bezwinger Antwerpens in den deutschen Landen gefeiert. Eine ähnliche Aufgabe fiel ihm im Jahre 1915 im Osten zu. Die der großen Durchbruchsschlacht in Galizien folgenden Kämpfe auf der ganzen Ostfront zwangen die Russen zum Rückzug. Warschau wurde von ihnen aufgegeben, als die Nachbarfronten wichen. Nur die stark ausgebaute Festung von Nowo-Georgiewsk ergab sich nicht. General von Beseler erhielt die Weisung, im abgekürzten Angriff unter überwiegendem Gebrauch von schwerster Artillerie die Festung zu nehmen. Der Plan gelang überraschend schnell. Nicht weniger als 85 000 Gefangene und 700 Geschütze fielen in deutsche Hand. Ende August war das russische Generalgouvernement in den Händen der Verbündeten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn teilten sich in die Verwaltung. Es entstand das General-Gouvernement Warschau. General von Beseler gab schweren Herzens sein militärisches Kommando ab und übernahm das Amt des General-Gouverneurs. Mit Leib und Seele Soldat, mußte er jetzt politische und verwaltungstechnische Aufgaben lösen. Seine Handlungen in dieser Stellung sind vielfach angegriffen worden, ob mit Recht oder Unrecht, wird erst die historische Betrachtung erweisen. Fest steht aber schon jetzt, daß manche Fehler in der Behandlung der polnischen Bevölkerung auf das Schuldkonto der Regierung, nach deren Weisung er zu handeln hatte, zu setzen sind. Der Zusammenbruch unseres Volkes brach Beseler das Herz, das nur auf den Sieg und Aufstieg unseres Volkes eingestellt war. Ein stiller, müder Mann geworden, ist er jetzt der großen Enttäuschung seines Lebens erlegen.

Beseler war der Typus des alten preußischen Offiziers im besten Sinne des Wortes. Von jung auf beseelt von einer nie erlahmenden Schaffenskraft, das Herz voll von Idealen, selbstlos und treu, so wuchs er vom Leutnant zum Generaloberst auf. In der ritterlichen Persönlichkeit des Heimgegangenen verkörperten sich die vornehmsten, edelsten Eigenschaften des Charakters und glänzende Gaben des Geistes in seltener Weise. So wirkte er nicht nur auf militärischem Gebiet führend und anregend, sein reicher Geist wußte, daß einseitige Meisterschaft tot ist, daß nur derjenige wirklich seinem Volke nutzen kann, dem die großen politischen und sozialen Lebensfragen seines Volkes nicht fremd sind. Beseler war ein reich gebildeter Mann, der sich auf manchem wissenschaftlichen Gebiet zu Hause fühlte. Nicht vergessen soll auch sein warmes Herz für die Untergebenen werden, die mit seltener Liebe an ihm hingen.

Wir feiern Weihnachten. Das Fest ist in seinem inneren Erleben wie kein anderes geeignet, in all der Not unseres Volkes sich auf Männer zu besinnen, deren hohes Streben und edle Eigenschaften in unserem Volke niemals verloren gehen dürfen.

Wenn die Gewehrsalven der Ehrenkompagnie über das Grab donnern und den hochverdienten General zum letzten Mal grüßen, möge die Wildenbruchsche Mahnung in seiner „Eisernen Weihnacht“ recht viele Hörer finden:

„Deutsche Seele, heut im Schutt begraben,
Werde wieder, was du einst gewesen!
Werdet Männer wieder! Scheucht die Raben,
Die an Eurem Mark und Blut sich äsen!“

E.L.

Die Eisenbahner beim Reichsverkehrsminister.

Am gestrigen Freitag nachmittag hat der Reichsverkehrsminister Groener Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter sowie des Deutschen Eisenbahner-Verbandes empfangen. Der Reichsverkehrsminister schilderte den Beauftragten der Organisationen nochmals, daß aus innen- und außenpolitischen Gründen die Regierung gezwungen gewesen sei, gegenüber den Forderungen der Beamten und Staatsarbeiter sich bei den Zugeständnissen auf den engsten Rahmen zu beschränken, und daß sie den Ledigen und den Angehörigen der Ortsklassen C bis E keine Beihilfen habe gewähren können. Seitens der Beamtenvertreter wurde dem Minister mitgeteilt, daß unter den Beamten und Arbeitern in den Eisenbahn-Direktionen Essen und Halle eine besonders große Erregung herrsche, und daß möglicherweise bei der Stimmung der Arbeiter gerade dort Teilaktionen nicht ausgeschlossen seien. Minister Groener erklärte hierauf, daß er dem Reichskanzler sofort Mitteilung hiervon machen werde. Im weiteren Verlauf der Besprechung teilte Minister Groener dann mit, daß Anfang Januar erneute Besprechungen über eine Teuerungsaktion für Beamte und Staatsarbeiter beginnen werden, und daß man im Rahmen dieser Verhandlungen auch die Regelung der jetzt gezahlten Vorschüsse grundlegend erörtern werde.

Französische Verstimmung über den Ausgang der Londoner Konferenz.

Eine Interpellation des früheren Finanzministers Klotz.

EE Paris, 23. Dezember.

Der frühere Finanzminister Klotz hat an Briand ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Herr Ministerpräsident! Ich habe die Ehre, Ihnen meine Absicht bekanntzugeben, Sie bezüglich der Stellung Frankreichs in der Reparationspolitik zu interpellieren und von der Kammer in der heutigen Sitzung zu verlangen, daß sie sofort einen Zeitpunkt für die Beratung dieser Interpellation festsetze.“

Klotz hat sich auch persönlich zu Briand begeben und ihm seine Absicht bekanntgegeben, von der Kammer die Besprechung seiner Interpellation zu verlangen. Briand antwortete ihm, daß eine solche Interpellation zurzeit nicht zugelassen werden könne, sie solle erst nach der Konferenz von Cannes stattfinden. Klotz beharrte jedoch auf seinem Verlangen, so daß sich die Kammer in ihrer morgigen Sitzung mit dieser Interpellation zu beschäftigen haben wird.

Ferner hat Klotz bereits eine Tagesordnung vorgelegt, durch die er, wenn seine Interpellation debattiert werden sollte, folgenden Beschluß anregen will:

Die Kammer rechnet darauf, daß die Regierung Frankreichs sofort ihren Vertreter aus der Reparationskommission abberufe. Die Kammer fordert, daß die Regierung zur Durchführung des Friedensvertrages darauf dringe, daß alle Aktionen Deutschlands, namentlich jene, welche zum Zinsendienst für die inneren Anleihen dienen, sofort zu Reparationszwecken verwendet werden. 2. Die Kammer wünscht, die Gewißheit zu haben, daß das gesamte deutsche Steuersystem so abgeändert werde, daß die deutschen Steuern die gleiche Höhe erreichen wie in den Staaten, die in der Reparationskommission vertreten sind. Die Kammer geht zur Tagesordnung über.“

Da dieser Beschluß des Abgeordneten Klotz kein Vertrauensvotum für die Regierung enthält, wird sich diese gegen den Antrag aussprechen.

In der heutigen Kammersitzung wurde die Interpellation des Abgeordneten Jäger über die Mißbräuche bei der Liquidation der beschlagnahmten deutschen Güter erörtert. Er führte verschiedene Fälle an, in die Beamte verwickelt sind, und gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der Justizminister gegenüber solchen Beamten keinen Mut beweise.

Briand an Millerand.

Paris, 23. Dezember.

Millerand empfing heute vormittag den Ministerpräsidenten Briand, der ihm über seine Londoner Besprechungen Bericht erstattete.

Der „Sündenbock“ Lloyd George.

EE Paris, 23. Dezember.

Der „Temps“ gibt ausschließlich Lloyd George die Schuld daran, wenn bei den Londoner Besprechungen alle die großen Probleme, die Lloyd George 14 Tage zuvor Loucheur dargelegt hatte, nicht besprochen worden seien. Damals hätte Lloyd George von einem Erlaß der alliierten Schulden untereinander gesprochen, von einem Verzicht Englands auf seinen Anteil an den deutschen Reparationen, von einer Begebung von Anleihen auf den Londoner Markt, die Deutschland in die Lage versetzen würden, Frankreich im voraus zu bezahlen. Aber von allen diesen Dingen habe Lloyd George zu Briand nicht gesprochen. Er habe ihm nur erklärt, daß die Vereinigten Staaten ihre Mithilfe abgelehnt hätten und daß man sich unter diesen Umständen mit beschränkten und vorläufigen Abmachungen begnügen müsse. Deshalb kam die Vereinbarung (?) zustande, daß Deutschland für die beiden nächsten Raten die Gesamtsumme von 500 Millionen Goldmark entrichten solle, die Reichsbank für autonom zu erklären und ihr einen amerikanischen oder neutralen Kontrolleur zu geben. Man habe ferner vereinbart, eine Frist, innerhalb der die deutsche Regierung gewisse Reformen durchführen und ihre „Betrügereien“ einstellen solle. Endlich kam man darüber überein, daß eine europäische Wirtschaftskonferenz eröffnet werden solle.

Urteile der Pariser Presse über London.

Paris, 23. Dezember.

Der „Figaro“ schreibt, die einzige Entscheidung, die Briand und Lloyd George in London getroffen hätten, sei, im Januar mehrere Ministerkonferenzen zusammenzuberufen. Mehr und mehr verzichte man auf die normale Diplomatie, um sich in ein System zu verrennen, das ide unangenehmsten Ergebnisse gezeitigt habe. Zwei, drei, vier, fünf oder zehn Politiker an irgend eine mKurort vereinigt, die miteinander nur durch Dolmetscher verkehrten, träfen nach abgekürzten, improvisierten, konfusen Erörterungen unwiderrufliche Entscheidungen und verfügten selbständig über das Vermögen, ja selbst über das Leben der Völker. Wie es scheine, sei dies das letzte Wort des Geistes der Demokratie und des Fortschritts.

Die „Humanité“ führt aus: Die Zusammenkunft von London sei ein vollkommener Mißerfolg gewesen. Weder über das Problem der Reparationen, noch über das des Orients noch über das der Beziehungen zu Rußland, noch über das des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Welt sei ein Einverständnis erzielt worden. Die Politik des französischen nationalen Blocks und die Politik des britischen Merkantilismus seien und blieben in ernstem Widerstreit.

„Populaire“ vertritt den Standpunkt, es sei doch etwas Positives aus der Unterredung hervorgegangen, nämlich die Zusammenberufung des Obersten Rates nach Cannes, der beauftragt sei, in der kürzest möglichen Frist einen internationalen Kongreß der Regierungen vorzubereiten. Lloyd George und Briand hätten also doch begriffen, was Winston Churchill jüngst angekündigt habe, daß weder die Beziehungen Englands zu Frankreich, noch die Beziehungen der Entente zu Deutschland losgetrennt werden könnten von einer viel umfassenderen Frage, nämlich der Frage der allgemeinen Wirtschaftslage Europas und der Welt. Sie hätten begriffen, daß eine unbesiegbare Solidarität heute alle Völker angesichts der gleichen aus den gleichen Ursachen hervorgegangenen Schwierigkeiten eine, und daß es sozusagen kein Reparationsproblem mehr gebe, sondern das Problem der Weltreparation.

*

Paris, 23. Dezember.

Die interparlamentarische Gruppe der Departements der ehemaligen Kampfzone hat gestern eine Tagesordnung angenommen, in der von der Möglichkeit einer europäischen Konferenz unter Zuziehung Deutschlands gesprochen wird, auf der die Reparationsfrage und Entwaffnungsfrage verhandelt werden sollen. Es wird eine effektive Finanzkontrolle über Deutschland verlangt und die französische Regierung aufgefordert, ihre Anstrengungen auf die Fragen zu richten, von denen das Heil der verwüsteten Gebiete im hohen Grade abhänge.

Die Tagung von Cannes.

Paris, 23. Dezember.

Die Konferenz von Cannes findet nach einer Meldung des „Temps“ am 6. Januar statt. Auch Belgien wird auf ihr vertreten sein, obwohl es keinen Vertreter im Obersten Rat besitzt. Es bestätigt sich, daß der amerikanische Botschafter in London, Harvey, den Beratungen als Beobachter beiwohnen wird.

Die Schwierigkeiten einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz.

London, 23. Dezember.

Die „Times“ glaubt zu wissen, daß die hervorragendsten Bankiers der City noch keine Nachricht wegen der Einberufung einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz erhalten haben. Diese Angelegenheit sei so kompliziert, daß sie unmöglich durch eine Besprechung von wenigen Stunden geregelt werden könne, die Prüfung der Geinzelheiten erfordere nach Ansicht der bedeutendsten Bankiers längere Zeit, denn die Wirtschaftskrise Europas liege zu tief. Die Annullierung der Staatsschulden würde nicht wesentlich zur Besserung der Lage beitragen. — Das Blatt glaubt, allen Anlaß zu haben, daß Deutschland im Januar und Februar zahlen könne, denn die Note der Reichsregierung, die um Zahlungsaufschub bittet, habe gewisse Deutsche ebenso überrascht wie Engländer.

Im Widerspruch zu der oben erwähnten Vermutung der „Times“ meldet die EE-Korrespondenz aus London, daß das Finanzkomitee bereits gebildet ist. Man findet darin Robert Kinderley, Invirforth und Sir Lionel Hitchcock. Irgendein Beamter des Schatzamtes ist nicht darunter, weil Lloyd George darauf dringt, daß nur einflußreiche Persönlichkeiten des Handels und der Industrie und Finanz ihde Ansicht äußern sollen.

Das Eisenbahnfinanzgesetz im Organisations-Ausschuß.

TU Berlin, 23. Dezember.

Der im Reichsverkehrsministerium gebildete Organisationsausschuß hielt heute wiederum eine Sitzung ab, in der Oberregierungsrat Homberger einen ausführlichen Bericht über das Eisenbahnfinanzgesetz gab. Eine Aussprache hierüber soll am 2. Januar stattfinden. Die von den Gewerkschaften angeregten Fragen der Hinzuziehung von Sachverständigen aus der Industrie wurde späterer Beschlußfassung vorbehalten.

Ernste Krise bei Beratung des Eisenbahn-Arbeitszeitgesetzes.

TU Berlin, 23. Dezember.

Die Eisenbahnverwaltung hat den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes mit den Hauptvertretungskörpern des Personals unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern beraten. Dabei hatten sich so große Meinungsverschiedenheiten ergeben, daß die Verhandlungen sehr bald auf einen toten Punkt gelangten. Nunmehr hat die Verwaltung es abgelehnt, den Entwurf mit dem Personal weiter zu beraten, weil er bereits im Kabinett in Behandlung genommen sei und weil aus außenpolitischen Gründen und auch nach einem persönlichen Wunsch des Reichskanzlers die Beschleunigung der Behandlung des Entwurfes nahelege. Hiergegen wird seitens des Hauptbeamtenrats und des Hauptbetriebsrats sowie auch seitens der Gewerkschaften Protest erhoben.

*

Breslau, 23. Dezember.

Beamte, Angestellte und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Breslau zogen heute nachmittag in einem etwa 8000 Personen umfassenden Zuge vor die Eisenbahndirektion und forderten einen sofort zahlbaren Vorschuß von 1000 Mark und sofortige Regelung der Ortsklasseneinteilung für alle Orte. Für den Fall der Ablehnung wurde sofortiger Ausstand angedroht. Es wurde eine dahingehende Entschließung angenommen und der Reichsregierung und der Spitzenorganisation telegraphisch übermittelt. Im Anschluß an die Kundgebung fanden Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion statt.

Reden und Taten in Ost-Oberschlesien.

Von

Julius Fritsche

III.

Vor einigen Tagen wurde in einem längeren Aufsatz der „Grenzzeitung“, der ein freundliches Echo verdiente, die Auffassung vertreten, daß die Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit geführt werden sollten, so zwar, daß Schiedssprüche des neutralen Präsidenten nach Möglichkeit vermieden würden. Auf diese Weise werde man am besten zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis gelangen. Der Natur der Sache nach wohnten bei der Festsetzung der Grenzlinie die Gedanken nahe beieinander; diese wie jene Partei suchte noch eine Grube oder ein Erzfeld für sich zu retten. Kohle und Erz aber sind Sachen, die sich nicht nur im Raume hart stoßen, sondern um die auch der Streit hart und unerbittlich ist. Deshalb war eine Verständigung um die Grenzführung im Industriebezirk ausgeschlossen, und die vorläufige Grenzlinie, die sog. Demarkationslinie, mußte, da die beiden Delegationen grundsätzlich verschiedene Standpunkte vertraten, auf Antrag der Kommissare der Interalliierten Kommission mit Stimmenmehrheit entschieden werden. An besonders wertvollen Objekten sprach der Schiedsspruch den Deutschen die Dellbrückschächte, die Schächte Glückauf, Ruda und Georg mit dem Hauptteil des Grubenfeldes der Königin-Luise-Grube und die Zinkerzfelder westlich der Kolonie Blei-Scharley zu, den Polen dagegen die Anlagen des Karnallsfreude-Schachtes südöstlich Beuthen, die Radzionkaugrube mit der Lapyhütte und Rudahammer mit dem großen Knappschaftslazarett. Hoffentlich gelingt es, vor allem noch das letzgenannte Objekt zu retten. Der bei Deutschland bleibende Teil Oberschlesiens würde sonst einen katastrophalen Mangel leiden, während der zu Polen kommende Teil mit den großen Lazaretten von Kattowitz, Königshütte-Neuheiduk, Rydultreu usw. ohnehin von einem Mangel auf diesem humanitären Gebiete nicht sprechen könnte. Wollten die Polen hier freiwillig nachgeben, so würden sie dem freundlichen Auffatz der „Grenzzeitung“ die tatsächliche Grundlage schaffen. Doch leider — hart im Raume stoßen sich nicht nur solche Sachen, wie Kohlengruben und Erzfelder. . . . Ueber die übrigen Kommissionsverhandlungen werden fortlaufend Berichte herausgegeben, kurz, knapp und leider manchmal ebenso schwer lesbar wie Generalstabsberichte. Die Fragen der Zölle und des Verkehrs, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, kurzum der materiellen Fragen, sind auf dem besten Wege der Lösung. Auch die Fragen der sozialen Versicherungen bringen kaum Differenzen. Heikel liegen die Dinge dagegen in den Fragen des Geldwesens, in Rechtsfragen und Aehnlichem. Für die Polen sind diese Fragen solche staatlicher Geltung, für uns Fragen von Sein oder Nichtsein. Auch in diesen Fragen wird man vielfach des Schiedsspruchs nicht entraten können.

Neben dem Raten geht das Taten einher. Die — durch Schiedssprüche keinesfalls zu lösende — oberschlesische Frage ist nicht zuletzt eine Kulturfrage. Für den deutschen Volksteil im abzutretenden Gebiet handelt es sich um das Fortbestehen des alten Kultur- und Bildungswesens, für die Polen um die Neuaufrichtung einer eigenen Kultur. Die Kulturfrage gipfelt in der Sprachen- und Schulfrage. Die „Wojwodschaft“ erhielt in 351 Orten etwa 500 Volksschulen mit 3300 Klassen und 3400 Lehrern, die 193 000 Kinder zu unterrichten haben. Hiervon sprechen nach einer neuerlichen polnischen Aufstellung 115 000 polnisch, 34 000 deutsch, 44 000 beide Sprachen. Diese letztere Kategorie wird von den Polen als polnisch angesehen. In dem Aufbau und den Lehrplänen der Volksschulen sollen vorläufig keine grundsätzlichen Aenderungen getroffen, jedoch jedem polnischen Kinde der polnische Unterricht gesichert werden. Keinesfalls sollen von Hause aus polnische Kinder den Unterricht in deutscher Sprache erteilt erhalten, etwa aus dem Grunde, weil es gegenwärtig in Oberschlesien nicht genügend Lehrkräfte gibt, die den Unterricht in polnischer Sprache erteilen können. Während also die für deutsche Schulen oder Klassen erforderlichen Lehrer im Amte bleiben können, sollen für die polnischen Schulen solche Lehrkräfte angestellt werden, die (nach amtlicher Verlautbarung) „die polnische Sprache beherrschen und sich zu Erziehern des polnischen Kindes eignen“. Es wird mit bedeutenden Aenderungen in den Reihen der Lehrkräfte gerechnet. Aus Oberschlesien stehen hierfür „vorbereitete Hilfskräfte“ zur Verfügung und ferner liegen „hunderte Bewerbungen aus allen Teilen Polens mit voller Qualifikation vor“. Die im abzugebenden Gebiet liegenden Präparandien und Seminare, je zwei an der Zahl, sollen lediglich polnische Lehrer ausbilden und zu diesem Zweck wenigstens noch je ein Seminar für Lehrer und Lehrerinnen neu errichtet werden. Darüber, wie das Mittelschulwesen organisiert werden soll, herrscht noch keine Klarheit. In dem bisher preußischen Teil der Wojwodschaft befinden sich fünf Gymnasien, ein Realgymnasium, zwei Oberrealschulen, eine Realschule und fünf Lyzeen, abgesehen von privaten Lehranstalten. Es kann kein Zweifel daran sein, daß die sofortige Polonisierung der Mittelschulen noch weniger möglich ist, als die der Volksschulen, es sei denn auf Kosten des jungen, noch durchaus unzureichenden Bildungswesens im übrigen Polen. Wohin der Weg aber geht, zeigt die Tatsache der „vorbereiteten Hilfskräfte“, d. h. der in Kursen von wenigen Wochen ausgebildeten polnischen Nothilfe weniger für den Unterricht als für die Politik der Schule. Letzten Endes muß die Zukunft aber dessen sein, der die wirklichen, für das Leben, nicht für eine ephemere Politik fördernden Schulen hat, und das sind auf absehbare Zeit immer noch die Deutschen der Wojwodschaft, die Deutschen, deren das Land, wenn es vorankommen will, nicht entbehren kann.

Befriedigender Verlauf der oberschlesischen Verhandlungen.

Genf, 23. Dezember.

Das Völkerbundssekretariat gibt folgende Mitteilung aus: Der Vorsitzende für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Calonder, ist von beiden Abordnungen davon verständigt worden, daß die in Oberschlesien stattfindenden direkten Verhandlungen bereits sehr fortgeschritten sind. Vor allem nehmen die Arbeiten der Unteraus-